



Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Auskunft erteilt
Doris Hülsmeier/Lars Hartwig
Zimmer 2
Tel. (0421) 361 2215 und 361 2629
Fax (0421) 496 2215
E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de
Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Presseinformation

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
3-40/09, 5-66/01 Hr/Wi
Bremen, 25. November 2020

Die Guten stärken Keine Toleranz gegenüber Diskriminierung

Die gestern öffentlich gewordenen rassistischen, sexistischen und homophoben Vorfälle bei der Feuerwehr Bremen sind unerträglich und erfordern entschiedene Konsequenzen. Jegliche Fälle von Diskriminierung fügen dem öffentlichen Dienst großen Schaden zu. Sie gefährden das kollegiale Miteinander in den Dienststellen und gleichermaßen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den öffentlichen Dienst.

Der stellvertretende GPR-Vorsitzende Lars Hartwig meint dazu: „Wir alle müssen uns die Frage stellen, warum durchaus vorhandenen Hinweisen nicht konsequent nachgegangen worden ist.“

Nicht auszuschließen ist leider, dass es auch in anderen Bereichen des bremischen öffentlichen Dienstes zu schwerwiegenden Fällen von Diskriminierung kommen kann. Für Beschäftigte, die zur Zielscheibe von Diskriminierung werden, ist es oft schwierig, sich Gehör zu verschaffen und zur Wehr zu setzen. Und auch für die große Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen, die für einen vielfältigen öffentlichen Dienst eintreten, ist es nicht einfach, gegen Übergriffe aus dem kollegialen Umfeld vorzugehen, wenn sie davon Kenntnis erlangen. Häufig wird als Nestbeschmutzer hingestellt, wer auf Missstände hinweist.

Der Senat ist gefordert, unmissverständlich klarzustellen, dass er keine Toleranz gegenüber jeglicher Form von rechtsextremem Gedankengut, Rassismus, Sexismus und Homophobie im bremischen öffentlichen Dienst zulassen wird. „Dabei ist es mit deutlichen Worten nicht getan. Notwendig sind zudem klare Strukturen und Verantwortlichkeiten, die die Kolleginnen und Kollegen vor Übergriffen schützen und sie - als Betroffene oder als Zeug_innen - darin unterstützen, gegen Täter_innen vorzugehen und sie in die Schranken zu weisen. Die Guten müssen gestärkt werden!“, fordert GPR-Vorsitzende Doris Hülsmeier.

Der Gesamtpersonalrat fordert den Senat zu Gesprächen auf, um Maßnahmen zu vereinbaren, die ein respektvolles Miteinander in einem vielfältigen öffentlichen Dienst einer vielfältigen Stadt wirkungsvoll absichern.

